



Niederschrift 41. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 21.11.2012
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:30 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Kaminski, Peter
Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Herr Horst Heinzel	CDU	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Stefan Becker	FDP	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE
Herr Peter Schultheiß	CDU

sachkundige Einwohner

Herr Robert Wolff	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Marcel Rosteck	FDP
Herr Torsten Kalweit	CDU
Frau Hannelore Mehls	Behindertenbeirat
Herr Konstantin Pötschke	SPD
Herr Uwe Stab	SPD
Herr Dr. Reinhard Stark	Seniorenbeirat

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner	Bürgermeister, Beigeordneter
---------------------	---------------------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Peter Kaminski	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Ingo Korne	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Anke Lehmann	Die Andere	entschuldigt

Schriftführer:

Herr Mathias Jeske

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.10.2012 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes
Vorlage: 11/SVV/0435
Fraktionen FDP, CDU/ANW
 - 4.2 Neubau eines Feuerwehr-Gerätehauses im Ortsteil Marquardt
Vorlage: 12/SVV/0598
Fraktion DIE LINKE
 - 4.3 Kunsthalle
Vorlage: 12/SVV/0653
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 4.4 Verwendung nicht verbrauchter Haushaltsmittel aus dem Bildungs- und
Teilhabepaket des Bundes
Vorlage: 12/SVV/0686
Fraktion DIE LINKE
 - 4.5 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für
die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallgebührensatzung)
Vorlage: 12/SVV/0702

- Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 4.6 Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung
Vorlage: 12/SVV/0703
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.7 Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von
Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der
Landeshauptstadt Potsdam (Erste Rettungsdienstgebührenänderungssatzung)
Vorlage: 12/SVV/0706
Oberbürgermeister, FB Feuerwehr
- 4.8 Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0725
Oberbürgermeister, FB Feuerwehr
- 4.9 Finanzierung Uferweg Speicherstadt
Vorlage: 12/SVV/0722
Fraktion DIE LINKE
- 4.10 Büroraum für gewählte Bürgerversammlung in Drewitz
Vorlage: 12/SVV/0723
Fraktion DIE LINKE
Äa Fraktion FDP und Potsdamer Demokraten
- 4.11 Straßenreinigungssatzung 2013
Vorlage: 12/SVV/0726
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
mit Äa Fraktion DIE LINKE
- 4.12 Straßenreinigungsgebührensatzung 2013
Vorlage: 12/SVV/0727
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 4.13 Straßenreinigungssatzung (Teil Winterdienst) 2013
Vorlage: 12/SVV/0749
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.14 Straßenreinigungsgebührensatzung, (Teil Winterdienst) für 2013
Vorlage: 12/SVV/0750
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.15 Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014
Vorlage: 12/SVV/0732
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.16 Kita-Finanzierungsrichtlinie
Vorlage: 12/SVV/0748
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste zur 41. Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.10.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Dr. Wegewitz stellt die Beschlussfähigkeit sowie ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Schultheiß bittet den Tagesordnungspunkt 4.15 „Eckwertebeschluss für die Planung 2013/2014“ zurückzustellen und vorerst in einer nicht öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen zu diskutieren, da sich in einer „normalen“ Sitzung nicht die Zeit finde, eine ausführliche Debatte zu führen.

Herr Schüler möchte ebenfalls den Tagesordnungspunkt 4.15 zurückstellen, jedoch eine reguläre Sitzung des Ausschusses für Finanzen für die Diskussion nutzen.

Herr Wolff schließt sich Herrn Schüler an und möchte keinen Ausschluss der Öffentlichkeit, da der Haushalt auch öffentlich behandelt wird.

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und auf eine reguläre Sitzung des Ausschusses für Finanzen vertagt und die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Da keine Einwände zur Niederschrift bestehen, wird auch die Niederschrift Mit 4 JA-Stimmen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

zu 3 **Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner präsentiert die aktuellen Steuermehreinnahmen und die positive Prognose für die nächsten Jahre.

Herr Dr. Wegewitz freut sich über diese Entwicklung für die Landeshauptstadt, weist aber darauf hin, dass diese Einschätzung des Landes Brandenburg ohne die aktuelle europaweite Entwicklung erstellt wurde.

Er fragt ob solche Vorauszahlungen der Gewerbesteuer auch im Nachhinein gesenkt werden können.

Herr Exner bejaht dies und berichtet, dass dieses Phänomen 2007/2008 auftrat, da einzelne Branchenriesen Abschreibungen vorgenommen hatten, dessen Auswirkungen großen Einfluss auf die Gewerbesteureinnahmen der Landeshauptstadt Potsdam nahmen.

Herr Stab bezweifelt auch, dass diese Steuerprognose inflationsbereinigt ist und mahnt trotz Freude zur Vorsicht.

Auch Herr Exner mahnt zur Vorsicht, da solche Mehreinnahmen sich auf die Berechnungen der Schlüsselzuweisung des Landes auswirken, welche ohnehin sinken wird.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes

Vorlage: 11/SVV/0435

Fraktionen FDP, CDU/ANW

Herr Dr. Wegewitz deutet den Antragsinhalt und wird von Herrn Becker bestätigt.

Herr Becker erläutert die beantragte Bürgerbeteiligung und den direkten Einfluss auf den Haushalt.

Herr Exner zieht Parallelen zum aktuellen Bürgerhaushalt, welcher sich in 3 Themenbereiche gliedert und dessen Ergebnisse direkten Einfluss nehmen sollen.

Herr Schüler berichtet kurz aus der Lenkungsgruppe zum Bürgerhaushalt. Dieser Antrag und die daraus resultierenden Ideen sollen neue Impulse in die Lenkungsgruppe geben.

Herr Heinzel verweist auf das Alter des gestellten Antrages und den damaligen Stand des Bürgerhaushaltes. Er findet, dass die Entwicklung positiv vorangeschritten sei und durch diesen Antrag nicht gebremst wird.

Herr Dr. Wegewitz fragt, ob es Sinn hat diesen Antrag in einen Prüfauftrag umzugestalten, da Anträge nicht in die Lenkungsgruppe verwiesen werden können.

Herr Schüler informiert, dass alle Fraktionen in der Lenkungsgruppe vertreten sind und dadurch selber darauf hinwirken können und sollen.

Frau Müller bittet die Hinweise in die Lenkungsgruppe weiterzutragen und stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellen des Antrages.

Abstimmungsergebnis auf Zurückstellen des Antrages:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

zu 4.2 Neubau eines Feuerwehr-Gerätehauses im Ortsteil Marquardt

Vorlage: 12/SVV/0598

Fraktion DIE LINKE

Da sich die Bestätigung des Antrages im Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 17.10.2012 wiederfindet, zieht die Fraktion DIE LINKE den Antrag zurück.

zu 4.3 Kunsthalle

Vorlage: 12/SVV/0653

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schüler erläutert die Idee und Vision des Antrages.

Herr Goetzmann (Fachbereich 46 – Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert, dass die beantragte Prüfung bis Januar 2013 nicht zu schaffen sei und daher auf März 2013 verlängert werden sollte.

Herr Stab stellt fest, dass keine finanziellen Risiken bzw. Auswirkungen im Antrag beschrieben wurden, aber das Grundstücke zu reservieren und vorzuhalten schon finanzielle Auswirkungen hat bzw. der Stadt Kosten entstehen.

Herr Dr. Wegewitz fragt nach den Sinn des Antrages bzw. Vorhalteantrag. Solch ein Antrag kann jederzeit gestellt und beschlossen werden, aber warum jetzt?!

Herr Heinzel fragt ebenfalls nach den Sinn des Antrages, da zurzeit kein Geld für solche Vorhaben zur Verfügung steht.

Herr Exner verweist auf die aktuelle Haushaltsplanerstellung und dass der Investitionshaushalt bis 2017 keine Möglichkeit bietet.

Herr Schüler erläutert Ziel & Zweck irgendwann eine Kunsthalle in Potsdam zu errichten.

Herr Becker findet diesen Antrag auf Grund der aktuellen Haushaltsentwicklung für nicht tragbar.

Herr Stark schließt sich dem an und weist auf die Außenwirkung Potsdams als eine Insel der finanziellen Glückseligkeit im Land Brandenburg hin.

Herr Dr. Gunold findet, dass man Träume nicht beschließen kann.

Herr Schüler wirbt für die Chance auf bildende Kunst in der Zukunft.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1

Ablehnung: 5

Stimmhaltung: 0

zu 4.4 Verwendung nicht verbrauchter Haushaltsmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes

Vorlage: 12/SVV/0686

Fraktion DIE LINKE

Frau Latacz-Blume (Fachbereich 38 – Soziales, Gesundheit und Umwelt) erläutert die Zweckbindung der Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes und dass der Bund die Mittel dann zurückfordern wird.

Herr Exner informiert über die haushaltsrechtliche Stellung der Mittel und dass diese zweckgebunden und jahresbezogen abgerechnet werden müssen. Der Bund sieht zurzeit eine nicht Inanspruchnahme der gesamten Mittel bundesweit und wird daher einen Großteil der Mittel zurückverlangen. Eine Verschiebung sei daher nicht möglich.

Nach diesen Informationen und Erkenntnissen möchte Frau Müller den Antrag zurückstellen und diesen nochmals in der Fraktion beraten.

zu 4.5 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallgebührensatzung)

Vorlage: 12/SVV/0702

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Latacz-Blume erläutert die Hintergründe zu den Änderungen der Satzung.

Herr Schultheiß möchte wissen, ob die 3 % Gewinnanteil gesenkt werden können.

Frau Zierock (Arbeitsgruppe 3871 – öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger) berichtet über die verhandelte vertragliche Einigung zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, der STEP GmbH und REMONDIS GmbH und Co KG.

Herr Stab verweist auf die Regelungen durch das KAG und die daraus resultierende Richtigkeit der Satzung. Er möchte wissen, ob die Gebührenkalkulation für Gewerbe und Private Haushalte getrennt berechnet wurden.

Frau Zierock bejaht dies und berichtet, dass auch die Vorauszahlungen getrennt errechnet wurden.

Herr Schüler fragt, ob die 3% in der Kostendeckung stecken und ob bei neuen Verhandlungen auch neue Prozente festgelegt werden könnten.

Frau Kluge (Fachbereich 32 – Ordnung und Sicherheit) erläutert das Modell und die Vertragsgestaltung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallgebührensatzung)

vom 10.12.2010, geändert durch Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (1. Änderungssatzung Abfallgebührensatzung) vom 15.12.2011 (2. Änderungssatzung Abfallgebührensatzung) gemäß Wortlaut der beiliegenden Anlage einschließlich Abfallgebührenkalkulation.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

**zu 4.6 Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung
Vorlage: 12/SVV/0703**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann erläutert die Richtlinie und das inhaltliche Spezialitäten noch geklärt werden.

Herr Schüler möchte eine Evaluierung in 2 Jahren, da Potsdam eine dynamische und wachsende Stadt ist und sich die Gegebenheiten verändern.

Herr Dr. Gunold fragt nach den Auswirkungen auf die Mieten.

Herr Goetzmann berichtet aus einem Gutachten von der errechneten Mehrbelastung von ca. 2 %, was 0,40 €/m² bedeutet.

Herr Heinzel findet, dass aus finanzieller Sicht der Antrag sofort zu beschließen ist, aber aus der gesamten Betrachtung heraus, sollte noch einmal darüber in den Fraktionen beraten werden und stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellen des Antrages.

Abstimmungsergebnis auf Zurückstellen des Antrages:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 0

**zu 4.7 Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von
Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der
Landeshauptstadt Potsdam (Erste
Rettungsdienstgebührenänderungssatzung)**

Vorlage: 12/SVV/0706

Oberbürgermeister, FB Feuerwehr

Herr Hülsebeck (Fachbereich 37 – Feuerwehr) stellt die Satzung vor und informiert, dass der Rettungsdienst den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam nicht belastet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam (Erste Rettungsdienstgebührenänderungssatzung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 4.8 Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0725

Oberbürgermeister, FB Feuerwehr

Herr Hülsebeck erläutert die unterschiedlichen Erhebungsgrundlagen.

Herr Dr. Wegewitz fragt nach dem Forderungsausfall.

Herr Hülsebeck berichtet kurz wer wann zum Gebührenschuldner wird und dass der Forderungsausfall sehr, sehr gering ist.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 4.9 Finanzierung Uferweg Speicherstadt

Vorlage: 12/SVV/0722

Fraktion DIE LINKE

Frau Müller bringt den Antrag ein.

Herr Stab findet, dass dieser Antrag zur Haushaltsdiskussion gehört.

Herr Exner bestätigt diesen Vorgriff auf die Haushaltsdiskussion.

Herr Praetzel (Fachbereich 47 – Grün- und Verkehrsflächen) berichtet kurz, dass alle Fördermaßnahmen bereits ergriffen wurden und enthalten sind.

Frau Müller möchte diesen Antrag zur weiteren Beratung innerhalb der Fraktion zurückstellen.

zu 4.10 Büroraum für gewählte Bürgervertretung in Drewitz

Vorlage: 12/SVV/0723

Fraktion DIE LINKE

Äa Fraktion FDP und Potsdamer Demokraten

Herr Dr. Gunold möchte eine getrennte Abstimmung von Original- und Änderungsantrag.

Herr Goetzmann informiert, dass es eine Lenkungsgruppe zu diesem Projekt gibt.

Herr Becker erläutert den Änderungsantrag.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt kurzfristig dafür Sorge zu tragen, dass die gewählte Bürgervertretung im Stadtteil Drewitz in Abstimmung mit der Pro Potsdam Büroräumlichkeiten **zur angemessenen Mitnutzung (z.B. in der Stadteilschule)** für ihre ehrenamtliche Tätigkeit zur Verfügung gestellt bekommt. Der Stadtverordnetenversammlung ist in Ihrer Sitzung am 5. Dezember 2012 über Möglichkeiten der Umsetzung des Auftrages zu berichten.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der FDP:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

Abstimmungsergebnis zum geänderten Antrag:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.11 Straßenreinigungssatzung 2013

Vorlage: 12/SVV/0726

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
mit Äa Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Wegewitz ruft die Tagesordnungspunkte 4.11 und 4.12 zusammen auf, da der Diskussionsinhalt derselbe ist.

Frau Kluge erläutert Änderungen in der Satzung und die Organisation des Änderungsantrages.

Herr Schüler befindet den Änderungsantrag als unterjährigen Eingriff in die Satzung als nicht praktikabel.

Frau Kluge erläutert, dass die Befragung erst Auswirkungen auf 2014 haben wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Straßenreinigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2013.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	2

Abstimmungsergebnis zum Originalantrag:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4.12 Straßenreinigungsgebührensatzung 2013
Vorlage: 12/SVV/0727
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Wortprotokoll siehe Tagesordnungspunkt 4.11.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Straßenreinigungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2013.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4.13 Straßenreinigungssatzung (Teil Winterdienst) 2013
Vorlage: 12/SVV/0749

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Dr. Wegewitz ruft die Tagesordnungspunkte 4.13 und 4.14 zusammen auf, da der Diskussionsinhalt derselbe ist.

Herr Praetzel stellt die Satzung vor.

Herr Dr. Wegewitz berichtet über die Aufrüstung der Winterdienstfahrzeugflotte der STEP aus der Zeitung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Straßenreinigungssatzung (Teil Winterdienst) der Landeshauptstadt Potsdam 2013.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.14 Straßenreinigungsgebührensatzung, (Teil Winterdienst) für 2013
Vorlage: 12/SVV/0750

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Wortprotokoll siehe Tagesordnungspunkt 4.13.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Straßenreinigungsgebührensatzung (Teil Winterdienst) der Landeshauptstadt Potsdam 2013.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 4.15 Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014

Vorlage: 12/SVV/0732

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Wurde zurück gestellt, siehe Tagesordnungspunkt 2.

zu 4.16 Kita-Finanzierungsrichtlinie

Vorlage: 12/SVV/0748

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Lentz (Fachbereich 35 – Kinder, Jugend und Familie) erläutert ausführlich über die Entstehung und den geänderten Inhalt der aktuellen Kindertagesstätten-Finanzierungsrichtlinie.

Herr Schultheiß möchte, da die letzte Satzung vom Oberbürgermeister zurückgezogen wurde, wissen, ob das auch für die gesonderte Regelung für Frühstück und Vesper gilt.

Herr Lentz informiert zu diesem Thema, dass dies jetzt Bestandteil der vorliegenden Richtlinie ist.

Herr Exner berichtet kurz von den quantitativen und qualitativen Treibern und die Kontrollmechanismen, welche wichtig sind und für Transparenz und Effizienz sorgen.

Herr Stab berichtet, dass die Träger nicht gegen die Satzung gestimmt haben und es nur eine Stimmenthaltung gegeben hat.

Herr Heinzel unterstützt die Einführung von Kontrollmechanismen, so kann garantiert werden, dass das Geld auch dort ankommt und richtig verwendet wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die „Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie – KitaFR)“ einschließlich der Anlage „Kennziffern und Erläuterungen“ tritt mit Wirkung vom 01.01.2013 in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die KitaFR vom 20.12.2005 (Drucksache 05/SVV/0755) einschließlich der Anlage außer Kraft
3. Im Jahr 2013 werden in Zusammenhang mit der festgeschriebenen jährlichen Überprüfung der Anlage der Kita-Finanzierungsrichtlinie transparente Leistungsstandards geschaffen, die auf die Optimierung der Verteilungsgerechtigkeit im Hinblick auf die mit der dieser Beschlussfassung erhöhten Pauschalen abzielen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0